

ten Obrigkeitsstaates, was dem amerikanischen demokratischen System noch viel weniger entsprach (S. 361).

Obwohl es Moltmann gelungen ist, Ansätze einer breit gefächerten »Systemunterstützung auf ideologischem Hintergrund« (S. 361) herauszupräparieren, wird man fragen müssen, ob der Begriff der »Blockpolitik« nicht doch zu weitgehend ist (es spricht für Moltmann, daß er diese Frage selbst mehrfach stellt). Von Blockpolitik kann erst die Rede sein, wenn politisch-ökonomische Interessenkonflikte und durch räumliche Nähe mitbeeinflusste Machtrivalitäten von ideologischer Blockbildung (zumindest zeitweise) überlagert und dadurch geprägt werden. Das, was Moltmann an Beispielen versuchter Zusammenarbeit bringt, ist eher kontraindikativ (etwa die seit März 1849 betriebene Politik der strikten Neutralität in der Flottenfrage). Gleichwohl liegt das Verdienst dieser Studie darin, Reichweite und Grenzen transatlantischer »ideologischer« Affinität und damit Vorformen »transnationaler« Beziehungen herausgearbeitet zu haben, deren zunehmende historische und politische Bedeutung sich in unserem Jahrhundert von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker erwiesen hat. Ein Dutzend Dokumente zum Untersuchungsthema sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Register ergänzen diese beachtenswerte Darstellung.

Hartmut Soell

Hartwig Gebhardt, Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Schünemann Universitätsverlag, Bremen 1974, 207 S., kart., 26 DM.

In Verbindung historisch-politologischer und soziologischer Fragestellungen geht Gebhardt mit dieser leicht abgeänderten Fassung einer Hamburger Dissertation den als Reaktion besonders auf die demokratischen Aktivitäten erfolgten lokalen, regionalen und nationalen Organisationsbestrebungen der vom Frühjahr 1848 bis Anfang 1850 wirkenden, überwiegend vom Besitz- und Bildungsbürgertum getragenen Vereine mit konstitutioneller Richtung und nationaler Organisation als Zielvorstellung nach. Dabei wird insgesamt zu sehr das Schwergewicht auf die Behandlung rein organisatorischer Probleme gelegt (Organisationsstruktur, -dichte, -finanzierung, Funktion der Leitungsinstanzen, der Kommunikationsmittel, der Vereins- und Verbandspresse) und nicht nur die Einordnung in die allgemeine politische Entwicklung besonders der Revolutionszeit vernachlässigt, sondern ebenfalls eine Klärung inhaltlicher Fragen zur Ideologie der Konstitutionellen (mit Ausnahme des letzten Kapitels) meist nur global und recht plakativ versucht. Dadurch werden die neben Vereins- und Verbandsegoismen und liberalem Selbständigkeitsgestus herrschenden politischen Differenzen, die den nationalen Zentralisierungsbestrebungen entgegenstanden, in den ersten beiden Kapiteln zu wenig deutlich. Eine definitorische Passage in der Einleitung hätte hier manche der (auch zeitgenössisch schlagwortartigen) politischen Standortbegriffe für den modernen Leser stärker eingrenzen können. Was ist hier »liberal« im Gegensatz zu »demokratisch«? Der »linke« Flügel eines Vereins wird einmal mit dem einen, dann wiederum mit dem anderen Begriff umschrieben. Ist »demokratisch-konstitutionell« (Name des Landesvereins Braunschweig) gleich »konstitutionell-monarchisch« (vgl. S. 53) gleich »liberal«? Und welche Bedeutung hat letzterer Begriff, wenn auf S. 60 gesagt wird, »linksliberale« und »konservative« Gruppen seien »nicht unwesentliche Schattierungen« »derselben politischen Richtung«? Das Dilemma einer Definition der politischen Mitte wird hier offenbar.

Was den organisatorischen Bereich betrifft, so breitet der Autor eine Fülle von Details aus. Im ersten Kapitel (S. 20–70) verfolgt er die nationalen und regionalen Organisationskerne der konstitutionellen Vereine von April bis November 1848: die von Leipzig aus ins Leben gerufenen Deutschen Vereine, die »verbrüdereten demokratisch-konstitutionellen Vereine Deutschlands« um den Berliner Konstitutionellen Klub, den Demokratisch-Konstitutio-

nellen Landesverein Braunschweig und die Zusammenschlüsse konstitutioneller Vereine in Südwestdeutschland – Organisationskerne, deren nationale Zentralisationsbemühungen letztlich scheiterten. Das zweite Kapitel (S. 71–130) ist dem im November 1848 in Kassel gegründeten Nationalen Verein gewidmet, der zu Zeiten seiner größten Ausdehnung, im April 1849, etwa 160 Mitgliedsvereine hauptsächlich aus nord-, mittel- und südwestdeutschen Klein- und Mittelstaaten, jedoch kaum aus den größeren deutschen Staaten (Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg) zählte und von einer führenden Position in der konstitutionellen Bewegung weit entfernt war. Ähnlich den soeben erwähnten Vereinsverbänden beruhte die beabsichtigte Zusammenarbeit bei dem Nationalen Verein hauptsächlich auf der gegenseitigen Information der Mitgliedsvereine, die streng auf ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit achteten, wenn sich auch einzelne Ansätze einer zentralistischen Tendenz im Verband andeuteten, zumal der Vorort (Kassel) durchaus ein politisches, nicht nur ein technisch-administratives Mandat beanspruchte, damit aber immer wieder aneckte. Ursprünglich im Gegensatz zur demokratischen Bewegung gegründet und in scharfem Konkurrenzkampf mit dem demokratischen Märzverein stehend, sahen sich die Konstitutionellen des Nationalen Vereins im Mai 1849 zur Rettung der bedrohten Reichsverfassung gezwungen, mit dem Märzverein zumindest auf nationaler und regionaler Ebene zu kooperieren und dessen zunächst als unparlamentarisch und antikonstitutionell verschrieenes Organisationsprinzip, die Verbindung von führenden Parlamentsmitgliedern mit außerparlamentarischen Vereinsorganisationen, zu kooptieren, um so die dann doch unaufhaltsamen Rückwirkungen des fortschreitenden Verfalls des Frankfurter Parlaments auf den Nationalen Verein zu verhindern – ein Ziel, das seit Juni 1849 als gescheitert anzusehen ist.

Die Erkenntnis, daß der Bankrott der bürgerlich-liberalen Politik letztlich seinen Grund in der organisatorischen Schwäche der »Partei« hatte, führte jedoch nur vereinzelt (H. Baumgarten, Braunschweig) zu der Einsicht, daß die Konstitutionellen ein Organisationssystem anstreben müßten, in dem »die parlamentarische Führung, die Anhängerschaft in den Vereinen und die Parteipresse und -publizistik [...] arbeitsteilig integriert« sein müßten (S. 135). Die in Gotha tagende Konstitutionellenversammlung lehnte eine nach demokratischem Vorbild von den Ortsvereinen bis zur Parteispitze, also von unten nach oben, durchorganisierte konstitutionelle Partei ab und entschied sich für die Bildung eines leitenden Komitees als zukünftigem Mittelpunkt der »Partei«, das sich – ähnlich den preußischen Konservativen – auf einen relativ kleinen Kreis von Vertrauensleuten, nicht aber auf in Vereinen organisierte Anhänger stützen sollte, um nicht in den Geruch demokratischer Organisationsmethoden zu kommen, wodurch die ohnehin sich anbahnende Annäherung der Konstitutionellen an die Reaktion noch verstärkt wurde. Obgleich von Seiten der Vereine wiederholt der Versuch dazu gemacht wurde, gab es nach Gebhardt keinen einzigen Fall einer echten Kooperation zwischen dem neugebildeten Frankfurter Parteikomitee und den konstitutionellen Vereinen. Insgesamt bezeichnet der Autor die Organisationsentwicklung der konstitutionellen »Partei« – dieser Begriff hätte durchaus noch näher reflektiert werden können – vom Juni 1849 bis zum Frühjahr 1850 nur noch als »Nachspiel« der ersten Phase »organisierter bürgerlicher Parteibildung in Deutschland« (S. 155). In seiner konzisen Zusammenfassung (S. 156–162) tritt er der bislang in der Literatur vertretenen Ansicht entgegen, der zehn Jahre nach Gotha mit dem Nationalverein anhebende Neubeginn bürgerlicher Parteibildung habe seine »eigentümliche vereinslose Organisationsform« erzwungenermaßen wegen der vereinsrechtlichen Beschränkungen in den Einzelstaaten angenommen. Gebhardt vermutet hingegen aufgrund der von ihm dargelegten Tradition, »daß dem bürgerlich-konstitutionellen Teil der Mitglieder des Nationalvereins diese Beschränkungen nicht unwillkommen waren. [...] Die [1849 in Gotha beschlossene] Parteikonzeption, die massenorganisatorische Formen möglichst ausschloß, war bestimmend für die spätere bürgerliche Parteibildung« (S. 162).

Dieter Dowe